

Strafe und Sicherungsmaßregeln in dem kriminalpolitischen System von Prins.

Ein Bericht von Professor v. Liszt.

Es ist jetzt etwas über dreizehn Jahre her, daß ich (Z VII 179) die Leser der Zeitschrift auf die bedeutsame Arbeit von Prins „Criminalité et repression, Essai de science pénale“ (1886) aufmerksam zu machen in der Lage war. In der Geschichte der kriminalpolitischen Bewegung unserer Tage bezeichnet diese Schrift des belgischen Strafrechtslehrers und General-Gefängnisinspektors einen wichtigen Abschnitt: neben meinem Programm „Der Zweckgedanke im Strafrecht“ (1882), neben einem von van Hamel an die internationale Gefängniscommission erstatteten Gutachten und neben der Abhandlung, mit welcher Garraud die von ihm im Jahre 1886 begründeten „Archives de l'anthropologie criminelle et des sciences pénales“ einleitete, bedeutete sie zugleich den äußeren Anlaß und den wissenschaftlichen Stützpunkt für die Gründung der Internationalen Kriminalistischen Vereinigung.

Heute liegt, als die reife Frucht langjähriger Arbeit auf dem Gebiete der Strafrechtswissenschaft, der Strafgesetzgebung und der Gefängnisverwaltung, ein umfangreiches Werk desselben Verfassers vor mir: „Science pénale et droit positif“ (Brüssel und Paris 1899), XLIV und 589 Seiten umfassend. Und wieder möchte ich die Leser der Zeitschrift auf diese jüngste Veröffentlichung des Mitbegründers und ständigen Vorsitzenden unserer J. R. B. mit allem Nachdruck hinweisen.

Das Buch ist aus den Vorlesungen hervorgegangen, die der Verfasser an der Université libre zu Brüssel über Strafrecht gehalten hat, und ist für diese Vorlesungen bestimmt. Es gibt uns

zunächst eine erschöpfende Darstellung der allgemeinen Lehren des Strafrechts auf der Grundlage des dem französischen *code pénal* nachgebildeten belgischen Strafgesetzbuches von 1867. Aber es gibt uns wesentlich mehr als diese Darstellung des belgischen „droit positif“; es gibt uns zugleich mit der Kritik des Bestehenden ein vollständiges System der Grundsätze, die, nach des Verfassers Ansicht, für den Aufbau der Strafgesetzgebung der Zukunft maßgebend sein sollen. Das ist es, was der Verfasser unter der „science pénale“ versteht.

Jenes Recht, welches gilt, und dieses Recht, welches gelten sollte, hat der Verfasser aber nicht äußerlich neben einander gestellt; er hat vielmehr den Versuch gemacht, die Darstellung des positiven Gesetzes mit den Ergebnissen der modernen wissenschaftlichen Bewegung innerlich zu verschmelzen. „Ich verhehle mir die Schwierigkeiten und die unvermeidliche Unvollkommenheit nicht“, sagt der Verfasser in seinem ausführlichen Vorwort, „die der Versuch einer Verschmelzung zweier so verschiedener Dinge notwendig mit sich bringt, wie es die gegenwärtige Strafgesetzgebung einerseits und die gegenwärtige Strafrechtswissenschaft anderseits sind. Aber dieser Versuch ist notwendig: es ist nicht mehr möglich, das Strafrecht zu lehren, ohne den mächtigen Aufschwung der modernen Wissenschaft zu verwerten, und es ist ebensowenig möglich, die neuen Lehren auseinanderzusetzen, ohne das Band aufzuzeigen, das sie mit dem geltenden Recht verbindet, und ohne die Folgerungen aufzudecken, die sich aus ihnen für die Umgestaltung der Gesetzgebung ergeben.“

In diesem Versuch einer Verschmelzung der kriminalpolitischen Forderungen unsrer Tage mit der Darstellung des einer älteren Periode angehörenden belgischen Rechtes liegt das Hauptverdienst des Buches.

Fern liegt es mir, den wissenschaftlichen Wert des dogmatischen Teils des Werkes schmälern zu wollen. Der Reichtum der Kenntnisse, die Weite des Blickes, die Schärfe des Gedankens, die Klarheit der Darstellung, alle die Eigenschaften, die den Verfasser zu dem berufenen Vermittler zwischen romanischer und germanischer Wissenschaft auf dem von ihm bearbeiteten Felde machen, werden jeden Leser, und ganz besonders den Fachmann, fesseln und erfreuen. Aber als Lehrer des geltenden Rechtes ist Prins doch nur einer von den vielen, die die gleiche Aufgabe sich gestellt und

mit Glück gelöst haben. Erst als Gesetzgeber entfaltet er die volle Kraft seiner schöpferischen Eigenart.

Ich möchte mich daher, soweit Prins als Dogmatiker in Frage kommt, damit begnügen, das System, das er seiner Darstellung überhaupt zu Grunde legt, in den allgemeinsten Umrissen zu schildern.

Dieses System zerfällt in neun Bücher, deren letztes den Rahmen der Aufgabe zu sprengen scheint. Nach einer Einleitung (§ 1—63) behandelt das I. Buch die Lehre von den Strafgesetzen (§ 64 bis 131), insbesondere deren zeitliches und örtliches Geltungsgebiet. Buch II (§ 132 bis 192) enthält Begriff und Einteilung des Verbrechens. Hier finden die politischen und die Preßdelikte ihren Platz. Hier wird das Unterlassungsdelikt besprochen; ebenso aber auch die Einheit und Mehrheit der strafbaren Handlungen. Im III. Buch (§ 193 bis 322) wendet sich der Verfasser zu den Begriffsmerkmalen des Verbrechens. Er bespricht 1. das Subjekt, 2. das Objekt des Verbrechens, 3. die Thatseite des Verbrechens (*matérialité de l'infraction*), insbesondere Versuch und Vollendung, 4. die Schuldseite des Verbrechens, insbesondere Willensfreiheit, Vorsatz, Nachlässigkeit. Buch IV (§ 323 bis 448) behandelt die subjektiven und objektiven Strafausschließungsgründe im Sinne der französischen Wissenschaft: Ausschluß der Rechtswidrigkeit, Jugend und Greisenalter, körperliche Gebrechen, Geistesstörung, Trunkenheit und Trunksucht, Schlaftrunkenheit, physischen und moralischen Zwang mit Einschluß der Hypnose und des Notstandes, Irrtum. Im V. Buch (§ 449 bis 547) finden wir (neben den *excuses légales*) die strafmindernden wie die straffschärfenden Umstände. Unter den letzteren nicht nur den Rückfall, sondern auch das Zusammentreffen mehrerer Verbrechen. Das VI. Buch (§ 548 bis 597) behandelt die Lehre von der Teilnahme. Es folgt im VII. Buch die Darstellung der privatrechtlichen Folgen des Verbrechens (§ 598 bis 639) und in dem umfang- und inhaltsreichen VIII. Buch (§ 640 bis 976) die Lehre von der Strafe. Daran schließt sich das IX. und letzte Buch (§ 977 bis 1007) über die Bettler und Landstreicher, das wohl dem durch diese Delikte der Gesetzgebung gestellten schwierigen und wichtigen Probleme seine Aufnahme unter die allgemeinen Lehren des Strafrechts zu verdanken hat.

In dieses System hat nun der Verfasser die Entwicklung seines kriminalpolitischen Programmes eingefügt. Wir finden dieses daher nirgends im Zusammenhang entwickelt, sondern an den verschiedenen Stellen des Systems neben der Darstellung des geltenden Rechtes behandelt. Diesen von dem Verfasser selbst seinem eignen Plan gemäß (oben S. 2) unterbrochenen Zusammenhang wieder herzustellen, möchte ich im folgenden versuchen und damit den einen oder andern meiner Leser dazu anregen, das Buch vom Anfang bis zum Ende gründlich durchzuarbeiten.

Dabei kann es mir nur auf die Grundgedanken ankommen, nicht auf die Folgesätze, die sich aus ihnen für fast alle Lehren des allgemeinen Teiles, für Versuch und Teilnahme, für Strafausschließung und Strafaufhebung usw. ergeben.

Prins ist heute wie vor dreizehn Jahren Gegner der rein biologischen und Anhänger der soziologischen Auffassung des Verbrechens. „Die Physiologie hat“ (so sagt er Seite 301) „das Vertrauen erschüttert, das man bis dahin in das Gesetz der Vererbung gesetzt hatte, und sie hat damit zugleich die Autorität der anthropologischen Schule erschüttert und die Autorität der sozialen Schule gekräftigt.“ Und nachdem er die von der Physiologie gegen die unbedingte Herrschaft des Gesetzes der Vererbung vorgebrachten Gründe besprochen, fährt er Seite 304 fort: „Das Gesetz der Anpassung an die Umgebung, das seine Anerkennung in dem Nachahmungstrieb findet (*qui trouve sa consécration dans le mimétisme*), erhebt die Bedeutung des soziologischen Faktors über die des individuellen; es läßt den Zwang der Vererbung (*la fatalité héréditaire*) zurücktreten hinter den Vorteilen, die die Freiheit uns bietet. Ihm verdanken wir das Bewußtsein dessen, was wir für die Verbesserung der Gesellschaft und den Fortschritt der Menschheit zu thun haben.“

„Wenn wir uns einem erwachsenen Rückfälligen gegenüber befinden, einem anormalen Menschen, der sich der gesellschaftlichen Umgebung nicht angepaßt hat und sich ihr nicht anpassen kann, so müssen wir uns oft bescheiden, die Thatfachen hinzunehmen und jede Hoffnung aufzugeben.“

„Aber wenn auch für die Zukunft nichts zu machen ist, so hätte doch am Anfang gehandelt werden können, als der Schuldige noch einen gewissen Grad von Beeinflußbarkeit besaß.“

„Die Umgebung kann auf das Individuum einwirken, wie im Schoße der Mutter die Bedingungen der Ernährung auf den Keim einwirken. Die Ergebnisse der Physiologie verstärken das Gewicht der Gründe, die man bereits zu Gunsten der Kinderschutzgesetzgebung geltend gemacht hat.“

Ich brauche wohl nicht erst zu sagen, daß ich diese Auffassung des Verfassers durchaus teile und von jeher geteilt habe. Liegt doch hier, was die Gegner so gern übersehen, der Punkt, in dem mein Weg von dem Lombrosos sich trennt.

Wie das Verbrechen eine Erscheinung des gesellschaftlichen Lebens, so ist auch das Strafrecht des Staates ein Recht der sozialen Verteidigung und des sozialen Schutzes; der Zweck der Strafe aber die Verteidigung und der Schutz der gesellschaftlichen Interessen (S. 29). Indem Prins diesen grundlegenden Satz aufstellt, verweist er ausdrücklich auf die Übereinstimmung mit Ferri, van Hamel und mir.

Nach dem Zweck der Strafe bestimmt sich Art und Maß ihrer Anwendung. Aber die Grundlage der Verantwortlichkeit und damit der Strafe erblickt Prins in der Freiheit des Willens. Das hat Prins in diesem Buch nicht zum ersten Mal ausgesprochen, aber er hat seine Ansicht bisher nirgends so ausführlich entwickelt, sie nirgends so klar und bestimmt in den Mittelpunkt der Betrachtung gerückt. Allerdings verwirft der Verfasser (S. 156) den „absoluten Indeterminismus“ in dem Sinne, daß der Mensch ohne jedes Motiv oder gegen jedes Motiv handeln oder in demselben Augenblick das Entgegengesetzte wollen könnte. Diese Ansicht „untergräbt das Prinzip der strafrechtlichen Verantwortlichkeit selbst, indem sie das einzige Band zerreißt, das die That an den Thäter knüpft“ (S. 158). Wohl aber vertritt er einen gemäßigten Indeterminismus. Er nimmt an, daß der Wille „bedingt und bestimmt ist durch die organischen Bedingungen des individuellen wie des gesellschaftlichen Lebens, daß aber zugleich in uns ein bewußtes Streben nach dem Guten vorhanden ist, das uns von Stufe zu Stufe zu einer immer größeren Freiheit und zu einer immer größeren Sittlichkeit zu erheben vermag“ (S. 161). Jeder Mensch trägt in sich ein Element der Freiheit und ein Element der Notwendigkeit. Von der Freiheit hat er die Möglichkeit, zwischen den Motiven zu wählen und zu wollen; von der Notwendigkeit hat er den Stempel, den Familie, Rasse, Umgebung, Zeitalter seiner

Eigenart ausdrücken und der die Richtung seiner Wahl bestimmt. Mit andern Worten: Wir besitzen eine innere Freiheit, die durch die allgemeinen Gesetze des Weltalls bedingt wird und, innerhalb der Grenzen dieser allgemeinen Gesetze, haben wir einen gewissen Grad der Freiheit (*une dose de spontanéité*) und von größerer oder geringerer Reaktionskraft (S. 162). Es gibt Fälle, in welchen die Persönlichkeit vollständig verschwindet und die daher in die Klasse der geistigen Krankheiten gehören. Abgesehen von diesen Fällen, besteht die Freiheit, aber sie ist relativ; sie hat ihre Abstufungen; sie wächst oder vermindert sich mit den mehr oder weniger normalen Bedingungen der individuellen Organisation und der gesellschaftlichen Umgebung (S. 163).

Ich habe diesen Begriff der relativen Willensfreiheit, diese Auffassung der Freiheit als einer „Idee“, als eines Postulates der praktischen Vernunft (S. 157), hier weder an sich noch in ihrem Verhältnis zur Kantischen Auffassung kritisch zu prüfen. Es liegt mir lediglich daran, ausdrücklich festzustellen, daß er für Prins den Ausgangspunkt für die Entwicklung seines ganzen kriminalpolitischen Systems bildet. Er fährt (S. 163) unmittelbar fort:

„Der große Irrtum der klassischen Schule aus dem Anfang dieses Jahrhunderts war es, daß sie als einzige Grundlage der Strafgesetzgebung das Prinzip der absoluten Freiheit und der absoluten Verantwortlichkeit angenommen und nichts gekannt hat als auf der einen Seite den Typus des absolut normalen und daher absolut zurechnungsfähigen Menschen und auf der andern Seite den Typus des absolut unfreien und absolut unzurechnungsfähigen Menschen, von denen der erste ausschließlich der Repression und der andere ausschließlich der Psychiatrie überwiesen wurde.“

Diese Auffassung der klassischen Schule, so betont Prins, ist falsch. An Stelle ihrer Zweiteilung haben wir zunächst eine Dreiteilung der verbrecherischen Menschen zu setzen.

Die erste Klasse bilden die geistig Gesunden, die Zurechnungsfähigen. Den Begriff der Zurechnungsfähigkeit bestimmt Prins (S. 170) unter ausdrücklicher Berufung auf meine Fassung, als die normale Bestimmbarkeit durch Motive. Zurechnungsfähig ist nach ihm: „l'homme moyen, capable de se conduire normalement, ou encore de se laisser influencer normalement par les motifs d'action“.

Die zweite Klasse bilden die Geisteskranken, die Nichtzurechnungsfähigen. Für diese verlangt Prins, soweit sie gefährlich sind, die Unterbringung in besondere Anstalten (*prisons-asils*, S. 450); soweit sie nicht gefährlich sind, Unterbringung in die gewöhnlichen Anstalten und Kolonien für Geistesranke. In allen Fällen aber sollte der Strafrichter das Recht haben, den von ihm freigesprochenen geisteskranken Verbrecher der Regierung zu überweisen (*mettre à la disposition du gouvernement*).

Zwischen den geisteskranken und den geistesgesunden Verbrechern aber gibt es nach Prins (und darauf legt der Verfasser entscheidendes Gewicht) eine Mittelklasse. Das sind diejenigen, die wir mit dem hergebrachten aber recht wenig passenden Ausdruck als die „vermindert Zurechnungsfähigen“ bezeichnen würden. Prins nennt sie die geistig Abnormen, die physisch Defekten; und er rechnet zu ihnen unter andern die Alkoholiker, die Impulsiven, die Degenerierten, die Neurastheniker, die Epileptiker, die Geisteschwachen, überhaupt alle, deren Abnormität nicht bis zur Geisteskrankheit reicht (S. 20, 232, 234, 404). Es kann nichts Besserees geben, als diese Individuen wegen ihrer verminderten Zurechnungsfähigkeit mit einer verminderten Strafe zu belegen. Die Sicherheit der Gesellschaft verlangt vielmehr, daß sie auf möglichst lange Zeit unschädlich gemacht werden. Die Gesetzgebung muß ihnen gegenüber eine besondere Art der Behandlung eintreten lassen, eine *mesure de préservation*, und zwar die Anhaltung in einer besonderen Anstalt, die die Mitte hält zwischen dem Gefängnis und der Irrenanstalt. Hier ist dann auch, wie bei den der Regierung überwiesenen eigentlich Geisteskranken, die *sentence indéterminée* an ihrem Platz. Die Dauer der Anhaltung kann im voraus nicht bestimmt werden. Die Strenge aber, die mit dieser zeitlich nicht begrenzten Anhaltung verbunden ist, wird gemildert durch die bedingte Entlassung (S. 459). Gerade dadurch, daß die Anhaltung auf unbestimmte Zeit erfolgt, unterscheidet sie sich von der Strafe, die nach Prins notwendig auf bestimmte Zeit ausgesprochen wird. Über die Einrichtung der *maisons de préservation* spricht der Verfasser auf S. 451. Sie sollen Rücksicht nehmen auf die Doppelnatur der in ihnen verwahrten Personen. Sie dürfen niemals vergessen, daß eine moralische Besserung der physisch Defekten durch die Mittel, die eine Strafanstalt an die Hand giebt, völlig ausgeschlossen ist, und daß, wenn überhaupt,

eine Besserung nur auf therapeutischem Wege erfolgen kann; sie sollen aber auch im Auge behalten, daß die in ihnen verwahrten Personen nicht unbescholtene und harmlose Kranke, sondern, daß sie gefährliche Verbrecher sind. Besondere Kommissionen, zusammengesetzt aus Juristen und Ärzten, haben unter der Aufsicht der Regierung die Entscheidung über die sei es bedingte, sei es endgiltige Entlassung der Verwahrten.

Aber mit der Irrenanstalt für die geisteskranken Verbrecher, mit der Strafanstalt für die geistig gesunden, mit der Sicherungsanstalt für die abnormen ist der Umfang jener Einrichtungen nicht erschöpft, in welchen die Thätigkeit des Staates zum Schutze der Gesellschaft sich individualisiert.

Zu den genannten Verbrechergruppen tritt eine vierte hinzu: die verwahrlosten und verbrecherischen Kinder (S. 207). Es ist, wie der Verfasser scharf hervorhebt, völlig verkehrt, die Begehung einer strafbaren Handlung zu der entscheidenden Voraussetzung zu machen, durch die der Eintritt der staatlichen Fürsorge bedingt ist. In derselben Umgebung aufgewachsen, trägt das „bloß sittlich verwahrloste“ Kind dieselben körperlichen und geistigen Kennzeichen an sich, wie dasjenige, das bereits mit dem Strafgesetze in Berührung gekommen ist. Vom Zufall allein hängt es ab, ob der Anreiz zu einem Verbrechen an das verwahrloste Kind herantritt; vom Zufall allein hängt es ab, ob die von ihm begangene strafbare Handlung entdeckt wird. Doppelt verkehrt aber ist es (S. 211), innerhalb der dem Verbrechen anheimgefallenen Kinder je nach dem Vorliegen oder dem Fehlen des Unterscheidungsvermögens strafbare oder nicht strafbare unterscheiden zu wollen. „Das rechtliche Unterscheidungsvermögen im eigentlichen Sinne des Wortes ist bei den meisten dieser Kinder vorhanden. Die meisten von ihnen sind sich mehr oder weniger klar darüber, daß sie gestohlen haben und daß die Polizei die Diebe verfolgt. Aber sie leben außerhalb der Gesellschaft, sie sind hinabgestoßen auf die unterste Stufe der Gesellschaftsleiter; sie sind das Opfer ihrer Vereinsamung, ihrer Verlassenheit, der lasterhaften Atmosphäre, die sie umgibt, der krankhaften Vererbung, die das Zentrum ihrer Widerstandskraft gegen das Schlechte schwächt, der wirtschaftlichen Verhältnisse, durch die die Gründung eines Heims und einer Familie unmöglich gemacht wird. Und daher fehlt ihnen das gesellschaftliche Unterscheidungsvermögen (*le discernement social*), und da sie

rings um sich her nichts sehen als das Schlechte, sind sie gar nicht in der Lage, es von dem Guten zu unterscheiden. Und sie können das rechtliche Unterscheidungsvermögen besitzen, ohne in Wirklichkeit das Gute wollen zu können.“

Diesen Kindern gegenüber ist nicht die Strafe am Platze (von wenigen Ausnahmefällen vorzeitiger Entwicklung abgesehen), sondern Erziehung und Schutz. Sind sie normal, so gehören sie in die *écoles de bienfaisance*, die alles fernhalten, was an Strafrecht und Strafvollzug erinnert, die nur die eine Aufgabe sich stellen dürfen: das Kind moralisch zu erziehen, es zu unterrichten und ihm ein Handwerk zu lehren. Diese Anstalterziehung kann ersetzt werden durch Unterbringung in einer geeigneten Familie, sei es auf dem Lande, sei es in der Stadt. Sind sie nicht normal, so bedarf es besonderer Anstalten, die den Zweck der Heilung, soweit dieser noch erreicht werden kann, in den Vordergrund zu stellen haben. Der Verfasser schildert (S. 216) mit berechtigtem Stolz die wesentlichen Fortschritte, die Belgien in den letzten Jahren auf diesem Wege gemacht hat und die zum größten Teil ihm und dem früheren belgischen Justizminister De Zeune zu danken sind. Nur für den Schutz der nicht normalen Kinder fehlt es heute in Belgien noch an geeigneten Anstalten, soweit diese nicht wie in Brüssel durch die städtische Verwaltung geschaffen worden sind.

Aber das Problem der jugendlichen Verbrecher ist damit nicht erschöpft. Prins will es viel weiter fassen, als die Gesetzgebung bisher es gefaßt hat. So lange bei Erstlingsverbrechern die Hoffnung nicht ausgeschlossen ist, daß sie durch ein Erziehungssystem zu brauchbaren Bürgern herangebildet werden können, so lange sollte dieses an die Stelle der Strafe treten (S. 223). Erst mit 18 oder 20 Jahren soll die strafrechtliche Volljährigkeit erreicht werden. Bis dahin soll der Richter die Wahl haben zwischen drei verschiedenen Maßregeln: 1. der Verurteilung zu einer Strafe; 2. der Verwarnung unter Rückgabe an die Familie; 3. der Überweisung an die Regierung auf unbestimmte Zeit, aber nicht über das 25. Lebensjahr hinaus. In der Kollektivschuld der Gesellschaft ist deren Pflicht begründet, den Gefallenen aus der vergifteten Umgebung herauszureißen und ihn nicht der Polizei und dem Gefängnis, sondern dem Schutz und der Erziehung und der Barmherzigkeit zu übergeben, deren er bedarf.

So tritt, wenn wir von der Behandlung der Geisteskranken absehen, neben das System der Strafe (*système de répression*), als zweites das System der Sicherung (*système de préservation*) und als drittes das System der Erziehung (*système d'éducation*).

Es könnte auffallen, daß den unverbesserlich Rückfälligen in diesem System keine besondere Stellung von dem Verfasser eingeräumt worden ist. Das hat aber seine guten Gründe. Prins kennt wie wenige andere den Rückfälligen. Er widmet ihm wie in seiner Schrift von 1886 so auch in seinem neuen Buch eine eingehende Besprechung (S. 298). Er betont im Gegensatz zur italienischen Schule, daß der Rückfällige keinen anthropologischen Typus darstellt; daß vielmehr nur (mit Tarde und anderen) von dem sozialen Typus des gewerbsmäßigen Verbrechers gesprochen werden kann, ähnlich wie ein solcher Typus, gegeben durch die äußere Erscheinung, durch die Anschauungen und Gewohnheiten, die Sprache, das Auftreten usw., in jedem Gewerbe sich findet.

„Nicht anders ist es mit den Gewohnheitsverbrechern“ (S. 300): „Sie haben ganz gewiß einen Typus: Dieser wird erzeugt durch ihre Lebensweise, durch die Ausschweifungen, die Trunksucht, das Elend, durch ein Dasein voll von Abenteuern, Kämpfen, Listen und Gewaltthaten. Dazu kommen die Leidenschaften, die sie verzehren, das Gefängnis, das ihnen ein unauslöschliches Schandmal aufprägt, die Löcher, in denen sie in entzittlichender Gemeinschaft haufen. So gewinnen sie ein bestimmtes Aussehen und nehmen bestimmte Gewohnheiten an. Sie unterscheiden sich von andern durch ihre Gefühllosigkeit, ihre Härte, ihren Eynismus und bilden ganz unzweifelhaft eine Rasse für sich . . .“ Manche von ihnen weisen auch mit der Geburt so tiefe Kennzeichen vererbter Entartung auf, daß auch die kräftigsten Mittel der Anpassung ihnen gegenüber versagen. Aber das sind die Ausnahmen. In den meisten Fällen ist am Beginn ihrer Laufbahn wenigstens die Anpassungsfähigkeit vorhanden. Aber auch bei diesen kann sie verloren gehen im Laufe der Entwicklung.

Auch bei den Rückfälligen unterscheidet der Verfasser die normalen und die anormalen. Die letzteren sind nicht anders zu behandeln, als die übrigen nicht normalen Verbrecher: in der Sicherungsanstalt sind sie zeitlebens zu vermahren. Für die normalen Rückfälligen verlangt Prins eine Verschärfung der Strafe. Auch

unter ihnen sind solche, denen gegenüber jeder Versuch der Besserung fehlschlagen muß. Die Strafe hat hier nur den Zweck, die Gesellschaft so lange als möglich zu sichern (§. 449). Sie muß daher langfristig oder lebenslang sein. Die beste Art ihrer Vollstreckung ist das alte Arbeitshaus mit gemeinsamer Tagesarbeit und nächtlicher Trennung. Dabei ist sowohl jeder überflüssige Luxus als auch jede überflüssige Strenge oder Härte auszuschließen, wenn auch eine strenge Disziplin nicht vermieden werden kann. Aber die Anhaltung bleibt in diesem Fall Strafe. Sie ist daher auf bestimmte Zeit zu erkennen. Die unbestimmte Verurteilung verwirft Prins auch hier, weil sie seiner Auffassung von dem Wesen der Strafe widerspricht (§. 457).

Es würde nicht schwierig sein, hier die kritische Sonde einzusetzen und den Nachweis zu erbringen, daß die ganze Unterscheidung von Sicherungsmaßregeln und Strafen, wie Prins sie im Anschluß an bekannte Vorbilder vertritt, damit aber auch die von ihm der unbestimmten Verurteilung gegenüber grundsätzlich eingenommene ablehnende Stellung nicht haltbar ist. Aber es kommt hier an dieser Stelle garnicht darauf an. Meine Aufgabe war lediglich die des Berichterstatters. Daß ich in der Sache, von Einzelheiten abgesehen, die von Prins gemachten Vorschläge mit freudiger Zustimmung begrüße, brauche ich nicht besonders zu sagen. Daß sie von einem überzeugten Anhänger der Willensfreiheit ausgehen, macht sie nur um so beachtenswerter. Hoffentlich auch für die Gegner. Wenn nicht alle Zeichen trügen, so ist der Augenblick nicht fern, in dem auch bei uns im Reich die Umgestaltung des Strafsystems in Angriff genommen wird. Alle diejenigen, die eine Verständigung zwischen den Anhängern der Vergeltungsstrafe und der Zweckstrafe, richtiger zwischen der General- und Spezialprävention, für wünschenswert halten, werden aus dem Buch von Prins die Überzeugung gewinnen, daß die harmonische Weiterbildung des geltenden Rechtes im Sinne der kriminalpolitischen Forderungen unserer Tage durchaus möglich ist. Etwas guter Wille auf beiden Seiten ist dabei freilich die unerläßliche Voraussetzung.